
2020 **Ausgegeben zu Bonn am 17. Juni 2020** **Nr. 27**

Tag	Inhalt	Seite
2. 6. 2020	Verordnung zur Änderung der Stimmrechtsmitteilungsverordnung FNA: 4110-4-23	1217
5. 6. 2020	Verordnung über die elektronische Speicherung von Daten zur Einhaltung der besonderen Meldepflicht in Beherbergungsstätten (Beherbergungsmelddatenverordnung – BeherbMeldV) FNA: neu: 210-7-6	1218
8. 6. 2020	Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2020 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2020 – RWBestV 2020) FNA: neu: 8232-48-42	1220
8. 6. 2020	Sechszwanzigste Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (26. KOV-Anpassungsverordnung 2020 – 26. KOVAnpV) FNA: 830-2, 830-2	1222
8. 6. 2020	Zweiundfünfzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (52. Anrechnungsverordnung – 52. AnrV) FNA: neu: 830-2-9-52; 830-2-9-51	1224
8. 6. 2020	Fünfundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung FNA: 860-5-12	1233
15. 6. 2020	Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2020 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2020 – BBFestV 2020) FNA: neu: 860-2-17-8	1234
4. 6. 2020	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 1 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 der Niedersächsischen Verordnung zum Schutz von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus) FNA: 1104-5	1236

Hinweis auf andere Verkündungen

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 8	1237
Verkündungen im Verkehrsblatt	1237
Verkündungen im Bundesanzeiger	1238

Fortsetzung nächste Seite

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Verordnung zur Änderung der Stimmrechtsmitteilungsverordnung

Vom 2. Juni 2020

- Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verordnet auf Grund
- des § 33 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 3 Nummer 34 Buchstabe c des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist,
 - des § 38 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 3 Nummer 39 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist, und
 - des § 39 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 3 Nummer 40 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist,
- jeweils in Verbindung mit § 1 Nummer 1 der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der zuletzt durch Artikel 1 der 23. Verordnung vom 24. April 2020 (BGBl. I S. 867) geändert worden ist:

Artikel 1

Die Stimmrechtsmitteilungsverordnung vom 2. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1723) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2

Form der Mitteilung

Die Mitteilung ist elektronisch zu übermitteln.“

2. § 3 wird aufgehoben.
3. § 4 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Im Fall einer technischen Störung der MVP, die eine elektronische Übermittlung der Mitteilung nach Absatz 1 unmöglich macht, hat die Übermittlung der Mitteilung an die Bundesanstalt fristwährend schriftlich im Original oder per Telefax zu erfolgen.“
4. § 6 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Im Fall einer technischen Störung der für den Empfang von Mitteilungen relevanten elektronischen Systeme des Emittenten, die eine elektronische Übermittlung der Mitteilung unmöglich macht, hat die Übermittlung der Mitteilung an den Emittenten durch den Meldepflichtigen fristwährend schriftlich im Original oder per Telefax zu erfolgen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Bonn, den 2. Juni 2020

Der Präsident
der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
F. Hufeld

**Verordnung
über die elektronische Speicherung von Daten zur
Einhaltung der besonderen Meldepflicht in Beherbergungsstätten
(Beherbergungsmelddatenverordnung – BeherbMeldV)**

Vom 5. Juni 2020

Auf Grund des § 56 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), der durch Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a des Gesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1746) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung regelt die Einzelheiten der elektronischen Speicherung und Bereitstellung der Daten von beherbergten Personen in Beherbergungsstätten nach § 29 Absatz 5 und § 30 Absatz 4 des Bundesmeldegesetzes durch die Leiter der Beherbergungsstätten oder der Einrichtungen nach § 29 Absatz 4 des Bundesmeldegesetzes.

§ 2

Dateispezifische Anforderungen

(1) Die in § 1 genannten Leiter der Beherbergungsstätten oder der Einrichtungen haben zu jeder beherbergten Person nach § 29 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes einen Datensatz vollständig am Tag der Ankunft zu speichern.

(2) Die Daten sind als strukturierter maschinenlesbarer Datensatz im Dateiformat der Extensible Markup Language (XML) zu speichern. Die Daten sind im UNICODE-Zeichensatz UTF 8 zu codieren. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gibt die Struktur des XML-Dokumentes als XML-Schema-Definition (XSD) im Bundesanzeiger bekannt.

(3) Die Datei ist nach dem Muster „JJJMMTT_BeherbMeldeschein_Zaehler.xml“ zu benennen. Dabei ist einzusetzen:

1. bei „JJJJ“ das Jahr des ersten Beherbergungstags mit vier Ziffern,
2. bei „MM“ der Monat des ersten Beherbergungstags mit zwei Ziffern,
3. bei „TT“ der Kalendertag des ersten Beherbergungstags mit zwei Ziffern und
4. bei „Zaehler“ eine fortlaufende Nummerierung der Datensätze eines Tages beginnend mit der Zahl 1.

(4) Die Datensätze sind sortiert in Ordnerstrukturen nach Jahren und Monaten wie in Absatz 3 Nummer 1 und 2 bestimmt zu speichern.

(5) In jedem Datensatz sind die zu erhebenden Daten nach der Anlage zu dieser Verordnung zu speichern.

(6) Landesrechtliche Vorgaben zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes bleiben unberührt.

§ 3

Bereitstellung der Daten

Verlangt eine nach § 30 Absatz 4 Satz 3 des Bundesmeldegesetzes berechnete Behörde gespeicherte Dateien, so hat der Leiter der Beherbergungsstätte oder der Einrichtung die Datensätze entsprechend den Anforderungen des § 2 zur Einsichtnahme bereitzustellen und eine Übertragung auf Datenträger oder Speichersysteme zu ermöglichen.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. Juni 2020

Der Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Anlage
(zu § 2 Absatz 5)

Bei der Speicherung der Daten im Datensatz zu verwendende Bezeichner

	Bezeichner	Erläuterung
1.	DatumAnkunft	Datum der Ankunft der beherbergten Person (JJJJMMTT)
2.	DatumAbreise	Datum der voraussichtlichen Abreise (JJJJMMTT)
3.	Familienname	vollständiger derzeitiger Familienname mit Namensbestandteilen, jeweils durch Leerzeichen getrennt
4.	Vornamen	sämtliche Vornamen, jeweils durch Leerzeichen getrennt
5.	Geburtsdatum	Geburtsdatum (JJJJMMTT)
6.	Staatsangehoerigkeiten	sämtliche Staatsangehörigkeiten
7.	Anschrift	bestehend aus a) Staat, in dem sich der Wohnort befindet b) Postleitzahl des Wohnorts c) Wohnortbezeichnung d) sofern vorhanden, Zusätze zum Wohnort e) Straßenbezeichnung f) Hausnummerziffern sowie gegebenenfalls zusätzlich Buchstaben oder Zusatzziffern g) sofern vorhanden, Ergänzungen zur Anschrift
8.	AnzahlAngehoerige	Anzahl der mitreisenden Angehörigen gemäß § 29 Absatz 2 Satz 2 des Bundesmeldegesetzes
9.	AnzahlMitreisende	Anzahl der Mitreisenden bei Reisegesellschaften gemäß § 29 Absatz 2 Satz 3 des Bundesmeldegesetzes
10.	StaatsangehoerigkeitMitreisende	sämtliche Staatsangehörigkeiten der Mitreisenden der Reisegesellschaften
11.	SeriennummerPass	Seriennummer des anerkannten und gültigen Passes oder Passersatzpapiers ausländischer Personen oder Angaben zu Abweichungen oder Nichtvorlage
12.	Zahlungszuordnungsnummer	bestehend aus der zweckgebunden Zuordnungsnummer des elektronischen Zahlungsvorganges (Token) und aus dem Namen des Zahlungsdienstleisters der Beherbergungsstätte, der den Token generiert
13.	Beherbergungsstaette	bestehend aus Namen und Anschrift der Beherbergungsstätte oder Einrichtung, die die Daten speichert

**Verordnung
zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung
und in der Alterssicherung der Landwirte und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2020
(Rentenwertbestimmungsverordnung 2020 – RWBestV 2020)**

Vom 8. Juni 2020

Auf Grund

- des § 69 Absatz 1 und des § 255f in Verbindung mit den §§ 68, 68a, 154 Absatz 3 und 3a, den §§ 228b, 255d Absatz 2 und 3 und den §§ 255e und 255g des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung –, von denen § 68 zuletzt durch Artikel 1a Nummer 1 des Gesetzes vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1565), § 68a zuletzt durch Artikel 4 Nummer 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939), § 69 Absatz 1 zuletzt durch Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) geändert worden sind, § 154 Absatz 3 durch Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe a des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2016) neu gefasst worden ist, § 154 Absatz 3a durch Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe b des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2016) eingefügt worden ist, § 228b zuletzt durch Artikel 1 Nummer 11 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2575) geändert worden ist, § 255d durch Artikel 1 Nummer 22 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2575) neu gefasst worden ist, die §§ 255e und 255f durch Artikel 1 Nummer 12 des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2016) eingefügt worden sind und § 255g durch Artikel 1 Nummer 14 des Gesetzes vom 28. November 2018 (BGBl. I S. 2016) neu gefasst worden ist,
- des § 255b Absatz 1 in Verbindung mit § 255a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung –, von denen § 255a durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2575) neu gefasst worden ist und § 255b Absatz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 19 Buchstabe a des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2575) geändert worden ist,
- des § 26 in Verbindung mit § 23 Absatz 4 und des § 105 in Verbindung mit § 102 Absatz 4 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte, von denen § 102 Absatz 4 durch Artikel 11 Nummer 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) geändert worden ist,
- des § 44 Absatz 6 sowie des § 95 Absatz 1 Satz 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche

Unfallversicherung –, von denen § 44 Absatz 6 durch Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 17. Juli 2001 (BGBl. I S. 1600) eingefügt und § 95 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1791) geändert worden sind, sowie

- des § 95 Absatz 1 Satz 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch in der vorstehend genannten Fassung sowie des § 1153 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung in der durch § 215 Absatz 5 Satz 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Fassung, diese jeweils in Verbindung mit § 215 Absatz 5 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch, der zuletzt durch Artikel 5 Nummer 6 des Gesetzes vom 21. März 2001 (BGBl. I S. 403) geändert worden ist,
- verordnet die Bundesregierung:

§ 1

**Aktueller Rentenwert
und aktueller Rentenwert (Ost)
in der gesetzlichen Rentenversicherung**

(1) Der aktuelle Rentenwert beträgt ab dem 1. Juli 2020 34,19 Euro.

(2) Der aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt ab dem 1. Juli 2020 33,23 Euro.

§ 2

**Sicherungsniveau vor Steuern
in der gesetzlichen Rentenversicherung**

Das Sicherungsniveau vor Steuern beträgt für das Jahr 2020 48,21 Prozent.

§ 3

**Allgemeiner Rentenwert
und allgemeiner Rentenwert (Ost)
in der Alterssicherung der Landwirte**

(1) Der allgemeine Rentenwert in der Alterssicherung der Landwirte beträgt ab dem 1. Juli 2020 15,79 Euro.

(2) Der allgemeine Rentenwert (Ost) in der Alterssicherung der Landwirte beträgt ab dem 1. Juli 2020 15,32 Euro.

§ 4

**Anpassungsfaktor in
der gesetzlichen Unfallversicherung
in den alten Ländern und den neuen Ländern**

(1) Der Anpassungsfaktor für die zum 1. Juli 2020 anzupassenden Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne des § 44 Absatz 4 und des § 95 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch beträgt 1,0345.

(2) Die vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen und das Pflegegeld der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne des § 215 Absatz 5 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Juli 2020 eingetreten sind, werden zum 1. Juli 2020 angepasst. Der Anpassungsfaktor beträgt 1,0420.

§ 5

**Pflegegeld der
gesetzlichen Unfallversicherung
in den alten Ländern und den neuen Ländern**

Das Pflegegeld der gesetzlichen Unfallversicherung beträgt vom 1. Juli 2020 an

1. für Versicherungsfälle, auf die § 44 Absatz 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden ist, zwischen 387 Euro und 1 542 Euro monatlich,
2. für Versicherungsfälle, auf die § 215 Absatz 5 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden ist, zwischen 369 Euro und 1 483 Euro.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. Juni 2020

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

**Sechszwanzigste Verordnung
zur Anpassung des Bemessungsbetrages
und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(26. KOV-Anpassungsverordnung 2020 – 26. KOVAnpV)**

Vom 8. Juni 2020

Auf Grund des § 56 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Bundesversorgungsgesetzes, dessen Absatz 2 zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 24. Mai 2014 (BGBl. I S. 538) und dessen Absatz 1 zuletzt durch Artikel 3 Absatz 7 Nummer 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

**Artikel 1
Änderung des
Bundesversorgungsgesetzes**

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1055) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 36 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 6 Satz 1 wird die Angabe „920“ durch die Angabe „949“ ersetzt.
 - b) In Absatz 6 Satz 2 wird die Angabe „920“ durch die Angabe „949“ ersetzt.
2. In § 46 wird die Angabe „200“ durch die Angabe „206“ und wird die Angabe „350“ durch die Angabe „361“ ersetzt.

**Artikel 2
Weitere Änderung des
Bundesversorgungsgesetzes**

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 1 dieser Verordnung geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 14 wird die Angabe „177“ durch die Angabe „183“ ersetzt.
2. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „22“ durch die Angabe „23“ und wird die Angabe „146“ durch die Angabe „151“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „2,240“ durch die Angabe „2,317“ ersetzt.
3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einem Grad der Schädigungsfolgen		
von 30	in Höhe von 156 Euro,	
von 40	in Höhe von 212 Euro,	
von 50	in Höhe von 283 Euro,	
von 60	in Höhe von 360 Euro,	

von 70		in Höhe von 499 Euro,
von 80		in Höhe von 603 Euro,
von 90		in Höhe von 724 Euro,
von 100		in Höhe von 811 Euro.

Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 und 60		um 32 Euro,
von 70 und 80		um 39 Euro,
von mindestens 90		um 48 Euro.“

- b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Beschädigte mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I		94 Euro,
Stufe II		193 Euro,
Stufe III		288 Euro,
Stufe IV		385 Euro,
Stufe V		479 Euro,
Stufe VI		578 Euro.“

4. § 32 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 oder 60		499 Euro,
von 70 oder 80		603 Euro,
von 90		724 Euro,
von 100		811 Euro.“

5. In § 33 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a wird die Angabe „33 463“ durch die Angabe „34 561“ ersetzt.

6. In § 33a Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „88“ durch die Angabe „91“ ersetzt.

7. § 35 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „331“ durch die Angabe „342“ ersetzt.

- b) In Satz 4 wird die Angabe „565, 804, 1 032, 1 340 oder 1 649“ durch die Angabe „584, 832, 1 068, 1 386 oder 1 706“ ersetzt.

8. § 36 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „1 893“ durch die Angabe „1 958“ ersetzt.

- b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird die Angabe „949“ durch die Angabe „982“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „949“ durch die Angabe „982“ ersetzt.
9. In § 40 wird die Angabe „472“ durch die Angabe „488“ ersetzt.
10. In § 41 Absatz 2 wird die Angabe „520“ durch die Angabe „538“ ersetzt.
11. In § 46 wird die Angabe „206“ durch die Angabe „213“ und wird die Angabe „361“ durch die Angabe „373“ ersetzt.
12. In § 47 Absatz 1 wird die Angabe „233“ durch die Angabe „241“ und wird die Angabe „325“ durch die Angabe „336“ ersetzt.
13. § 51 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird die Angabe „638“ durch die Angabe „660“ und wird die Angabe „445“ durch die Angabe „460“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „117“ durch die Angabe „121“ und wird die Angabe „88“ durch die Angabe „91“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „362“ durch die Angabe „374“ und wird die Angabe „263“ durch die Angabe „272“ ersetzt.
14. In § 53 Satz 2 wird die Angabe „1 893“ durch die Angabe „1 958“ und wird die Angabe „949“ durch die Angabe „982“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2019 in Kraft.
- (2) Artikel 2 tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. Juni 2020

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

**Zweiundfünfzigste Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(52. Anrechnungsverordnung – 52. AnrV)**

Vom 8. Juni 2020

Auf Grund des § 33 Absatz 6 in Verbindung mit § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes, von denen § 33 Absatz 6 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 35 Buchstabe b und § 41 Absatz 3 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 41 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) sowie § 51 Absatz 4 durch Artikel 1 Nummer 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, sowie unter Berücksichtigung der 26. KOV-Anpassungsverordnung 2020 vom 8. Juni 2020 (BGBl. I S. 1222) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2020 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Absatz 1, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2, § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Absatz 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen

des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Absatz 3 Satz 3 und des § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Absatz 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Ein-

künften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 11,810 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 7,520 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

je Stufe ein Betrag in Höhe von 4,055 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6

2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die 51. Anrechnungsverordnung vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 795) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. Juni 2020

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

Anlage
 (zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit ab 1. Juli 2020
in Euro

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
401	150	0	0	811	724	603	499	336	241	0	0	538	660	460
412	157	0	0	811	724	603	499	336	241	1	4	534	656	456
424	165	0	0	811	724	603	499	336	241	2	8	530	652	452
436	172	0	0	811	724	603	499	336	241	3	12	526	648	448
448	180	0	0	811	724	603	499	336	241	4	16	522	644	444
460	187	0	0	811	724	603	499	336	241	5	20	518	640	440
471	195	0	0	811	724	603	499	336	241	6	24	514	636	436
483	202	0	0	811	724	603	499	336	241	7	28	510	632	432
495	210	0	0	811	724	603	499	336	241	8	32	506	628	428
507	217	0	0	811	724	603	499	336	241	9	36	502	624	424
519	225	0	0	811	724	603	499	336	241	10	40	498	620	420
530	232	1	4	807	720	599	495	332	237	11	44	494	616	416
542	240	2	8	803	716	595	491	328	233	12	48	490	612	412
554	247	3	12	799	712	591	487	324	229	13	52	486	608	408
566	255	4	16	795	708	587	483	320	225	14	56	482	604	404
578	262	5	20	791	704	583	479	316	221	15	60	478	600	400
589	270	6	24	787	700	579	475	312	217	16	64	474	596	396
601	277	7	28	783	696	575	471	308	213	17	68	470	592	392
613	285	8	32	779	692	571	467	304	209	18	72	466	588	388
625	292	9	36	775	688	567	463	300	205	19	76	462	584	384
637	300	10	40	771	684	563	459	296	201	20	80	458	580	380
648	307	11	44	767	680	559	455	292	197	21	84	454	576	376
660	315	12	48	763	676	555	451	288	193	22	88	450	572	372
672	322	13	52	759	672	551	447	284	189	23	92	446	568	368
684	330	14	56	755	668	547	443	280	185	24	96	442	564	364
696	337	15	60	751	664	543	439	276	181	25	100	438	560	360
707	345	16	64	747	660	539	435	272	177	26	104	434	556	356
719	352	17	68	743	656	535	431	268	173	27	108	430	552	352
731	360	18	72	739	652	531	427	264	169	28	112	426	548	348
743	367	19	77	734	647	526	422	259	164	29	117	421	543	343
755	375	20	81	730	643	522	418	255	160	30	121	417	539	339
767	382	21	85	726	639	518	414	251	156	31	125	413	535	335
778	390	22	89	722	635	514	410	247	152	32	129	409	531	331

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einem GdS von				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Eltern-teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
790	397	23	93	718	631	510	406	243	148	33	133	405	527	327
802	405	24	97	714	627	506	402	239	144	34	137	401	523	323
814	413	25	101	710	623	502	398	235	140	35	141	397	519	319
826	420	26	105	706	619	498	394	231	136	36	145	393	515	315
837	428	27	109	702	615	494	390	227	132	37	149	389	511	311
849	435	28	113	698	611	490	386	223	128	38	153	385	507	307
861	443	29	117	694	607	486	382	219	124	39	157	381	503	303
873	450	30	121	690	603	482	378	215	120	40	161	377	499	299
885	458	31	125	686	599	478	374	211	116	41	165	373	495	295
896	465	32	129	682	595	474	370	207	112	42	169	369	491	291
908	473	33	133	678	591	470	366	203	108	43	173	365	487	287
920	480	34	137	674	587	466	362	199	104	44	177	361	483	283
932	488	35	141	670	583	462	358	195	100	45	181	357	479	279
944	495	36	145	666	579	458	354	191	96	46	185	353	475	275
955	503	37	150	661	574	453	349	186	91	47	190	348	470	270
967	510	38	154	657	570	449	345	182	87	48	194	344	466	266
979	518	39	158	653	566	445	341	178	83	49	198	340	462	262
991	525	40	162	649	562	441	337	174	79	50	202	336	458	258
1 003	533	41	166	645	558	437	333	170	75	51	206	332	454	254
1 015	540	42	170	641	554	433	329	166	71	52	210	328	450	250
1 026	548	43	174	637	550	429	325	162	67	53	214	324	446	246
1 038	555	44	178	633	546	425	321	158	63	54	218	320	442	242
1 050	563	45	182	629	542	421	317	154	59	55	222	316	438	238
1 062	570	46	186	625	538	417	313	150	55	56	226	312	434	234
1 074	578	47	190	621	534	413	309	146	51	57	230	308	430	230
1 085	585	48	194	617	530	409	305	142	47	58	234	304	426	226
1 097	593	49	198	613	526	405	301	138	43	59	238	300	422	222
1 109	601	50	202	609	522	401	297	134	39	60	242	296	418	218
1 121	608	51	206	605	518	397	293	130	35	61	246	292	414	214
1 133	616	52	210	601	514	393	289	126	31	62	250	288	410	210
1 144	623	53	214	597	510	389	285	122	27	63	254	284	406	206
1 156	631	54	218	593	506	385	281	118	23	64	258	280	402	202
1 168	638	55	223	588	501	380	276	113	18	65	263	275	397	197
1 180	646	56	227	584	497	376	272	109	14	66	267	271	393	193
1 192	653	57	231	580	493	372	268	105	10	67	271	267	389	189
1 203	661	58	235	576	489	368	264	101	6	68	275	263	385	185
1 215	668	59	239	572	485	364	260	97	2	69	279	259	381	181
1 227	676	60	243	568	481	360	256	93	0	70	283	255	377	177

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
1 239	683	61	247	564	477	356	252	89	0	71	287	251	373	173
1 251	691	62	251	560	473	352	248	85	0	72	291	247	369	169
1 263	698	63	255	556	469	348	244	81	0	73	295	243	365	165
1 274	706	64	259	552	465	344	240	77	0	74	299	239	361	161
1 286	713	65	263	548	461	340	236	73	0	75	303	235	357	157
1 298	721	66	267	544	457	336	232	69	0	76	307	231	353	153
1 310	728	67	271	540	453	332	228	65	0	77	311	227	349	149
1 322	736	68	275	536	449	328	224	61	0	78	315	223	345	145
1 333	743	69	279	532	445	324	220	57	0	79	319	219	341	141
1 345	751	70	283	528	441	320	216	53	0	80	323	215	337	137
1 357	758	71	287	524	437	316	212	49	0	81	327	211	333	133
1 369	766	72	291	520	433	312	208	45	0	82	331	207	329	129
1 381	773	73	296	515	428	307	203	40	0	83	336	202	324	124
1 392	781	74	300	511	424	303	199	36	0	84	340	198	320	120
1 404	789	75	304	507	420	299	195	32	0	85	344	194	316	116
1 416	796	76	308	503	416	295	191	28	0	86	348	190	312	112
1 428	804	77	312	499	412	291	187	24	0	87	352	186	308	108
1 440	811	78	316	495	408	287	183	20	0	88	356	182	304	104
1 451	819	79	320	491	404	283	179	16	0	89	360	178	300	100
1 463	826	80	324	487	400	279	175	12	0	90	364	174	296	96
1 475	834	81	328	483	396	275	171	8	0	91	368	170	292	92
1 487	841	82	332	479	392	271	167	4	0	92	372	166	288	88
1 499	849	83	336	475	388	267	163	0	0	93	376	162	284	84
1 511	856	84	340	471	384	263	159	0	0	94	380	158	280	80
1 522	864	85	344	467	380	259	155	0	0	95	384	154	276	76
1 534	871	86	348	463	376	255	151	0	0	96	388	150	272	72
1 546	879	87	352	459	372	251	147	0	0	97	392	146	268	68
1 558	886	88	356	455	368	247	143	0	0	98	396	142	264	64
1 570	894	89	360	451	364	243	139	0	0	99	400	138	260	60
1 581	901	90	364	447	360	239	135	0	0	100	404	134	256	56
1 593	909	91	369	442	355	234	130	0	0	101	409	129	251	51
1 605	916	92	373	438	351	230	126	0	0	102	413	125	247	47
1 617	924	93	377	434	347	226	122	0	0	103	417	121	243	43
1 629	931	94	381	430	343	222	118	0	0	104	421	117	239	39
1 640	939	95	385	426	339	218	114	0	0	105	425	113	235	35
1 652	946	96	389	422	335	214	110	0	0	106	429	109	231	31
1 664	954	97	393	418	331	210	106	0	0	107	433	105	227	27
1 676	961	98	397	414	327	206	102	0	0	108	437	101	223	23

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
1 688	969	99	401	410	323	202	98	0	0	109	441	97	219	19
1 700	977	100	405	406	319	198	94	0	0	110	445	93	215	15
1 711	984	101	409	402	315	194	90	0	0	111	449	89	211	11
1 723	992	102	413	398	311	190	86	0	0	112	453	85	207	7
1 735	999	103	417	394	307	186	82	0	0	113	457	81	203	3
1 747	1 007	104	421	390	303	182	78	0	0	114	461	77	199	0
1 759	1 014	105	425	386	299	178	74	0	0	115	465	73	195	0
1 770	1 022	106	429	382	295	174	70	0	0	116	469	69	191	0
1 782	1 029	107	433	378	291	170	66	0	0	117	473	65	187	0
1 794	1 037	108	437	374	287	166	62	0	0	118	477	61	183	0
1 806	1 044	109	441	370	283	162	58	0	0	119	481	57	179	0
1 818	1 052	110	446	365	278	157	53	0	0	120	486	52	174	0
1 829	1 059	111	450	361	274	153	49	0	0	121	490	48	170	0
1 841	1 067	112	454	357	270	149	45	0	0	122	494	44	166	0
1 853	1 074	113	458	353	266	145	41	0	0	123	498	40	162	0
1 865	1 082	114	462	349	262	141	37	0	0	124	502	36	158	0
1 877	1 089	115	466	345	258	137	33	0	0	125	506	32	154	0
1 888	1 097	116	470	341	254	133	29	0	0	126	510	28	150	0
1 900	1 104	117	474	337	250	129	25	0	0	127	514	24	146	0
1 912	1 112	118	478	333	246	125	21	0	0	128	518	20	142	0
1 924	1 119	119	482	329	242	121	17	0	0	129	522	16	138	0
1 936	1 127	120	486	325	238	117	13	0	0	130	526	12	134	0
1 948	1 134	121	490	321	234	113	9	0	0	131	530	8	130	0
1 959	1 142	122	494	317	230	109	5	0	0	132	534	4	126	0
1 971	1 149	123	498	313	226	105	1	0	0	133	538	0	122	0
1 983	1 157	124	502	309	222	101	0	0	0	134	542	0	118	0
1 995	1 165	125	506	305	218	97	0	0	0	135	546	0	114	0
2 007	1 172	126	510	301	214	93	0	0	0	136	550	0	110	0
2 018	1 180	127	514	297	210	89	0	0	0	137	554	0	106	0
2 030	1 187	128	519	292	205	84	0	0	0	138	559	0	101	0
2 042	1 195	129	523	288	201	80	0	0	0	139	563	0	97	0
2 054	1 202	130	527	284	197	76	0	0	0	140	567	0	93	0
2 066	1 210	131	531	280	193	72	0	0	0	141	571	0	89	0
2 077	1 217	132	535	276	189	68	0	0	0	142	575	0	85	0
2 089	1 225	133	539	272	185	64	0	0	0	143	579	0	81	0
2 101	1 232	134	543	268	181	60	0	0	0	144	583	0	77	0
2 113	1 240	135	547	264	177	56	0	0	0	145	587	0	73	0
2 125	1 247	136	551	260	173	52	0	0	0	146	591	0	69	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte bis zu Euro			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
2 136	1 255	137	555	256	169	48	0	0	0	147	595	0	65	0
2 148	1 262	138	559	252	165	44	0	0	0	148	599	0	61	0
2 160	1 270	139	563	248	161	40	0	0	0	149	603	0	57	0
2 172	1 277	140	567	244	157	36	0	0	0	150	607	0	53	0
2 184	1 285	141	571	240	153	32	0	0	0	151	611	0	49	0
2 196	1 292	142	575	236	149	28	0	0	0	152	615	0	45	0
2 207	1 300	143	579	232	145	24	0	0	0	153	619	0	41	0
2 219	1 307	144	583	228	141	20	0	0	0	154	623	0	37	0
2 231	1 315	145	587	224	137	16	0	0	0	155	627	0	33	0
2 243	1 322	146	592	219	132	11	0	0	0	156	632	0	28	0
2 255	1 330	147	596	215	128	7	0	0	0	157	636	0	24	0
2 266	1 337	148	600	211	124	3	0	0	0	158	640	0	20	0
2 278	1 345	149	604	207	120	0	0	0	0	159	644	0	16	0
2 290	1 353	150	608	203	116	0	0	0	0	160	648	0	12	0
2 302	1 360	151	612	199	112	0	0	0	0	161	652	0	8	0
2 314	1 368	152	616	195	108	0	0	0	0	162	656	0	4	0
2 325	1 375	153	620	191	104	0	0	0	0	163	660	0	0	0
2 337	1 383	154	624	187	100	0	0	0	0	164	664	0	0	0
2 349	1 390	155	628	183	96	0	0	0	0	165	668	0	0	0
2 361	1 398	156	632	179	92	0	0	0	0	166	672	0	0	0
2 373	1 405	157	636	175	88	0	0	0	0	167	676	0	0	0
2 384	1 413	158	640	171	84	0	0	0	0	168	680	0	0	0
2 396	1 420	159	644	167	80	0	0	0	0	169	684	0	0	0
2 408	1 428	160	648	163	76	0	0	0	0	170	688	0	0	0
2 420	1 435	161	652	159	72	0	0	0	0	171	692	0	0	0
2 432	1 443	162	656	155	68	0	0	0	0	172	696	0	0	0
2 444	1 450	163	660	151	64	0	0	0	0	173	700	0	0	0
2 455	1 458	164	665	146	59	0	0	0	0	174	705	0	0	0
2 467	1 465	165	669	142	55	0	0	0	0	175	709	0	0	0
2 479	1 473	166	673	138	51	0	0	0	0	176	713	0	0	0
2 491	1 480	167	677	134	47	0	0	0	0	177	717	0	0	0
2 503	1 488	168	681	130	43	0	0	0	0	178	721	0	0	0
2 514	1 495	169	685	126	39	0	0	0	0	179	725	0	0	0
2 526	1 503	170	689	122	35	0	0	0	0	180	729	0	0	0
2 538	1 510	171	693	118	31	0	0	0	0	181	733	0	0	0
2 550	1 518	172	697	114	27	0	0	0	0	182	737	0	0	0
2 562	1 525	173	701	110	23	0	0	0	0	183	741	0	0	0
2 573	1 533	174	705	106	19	0	0	0	0	184	745	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einem GdS von				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternteile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
2 585	1 541	175	709	102	15	0	0	0	0	185	749	0	0	0
2 597	1 548	176	713	98	11	0	0	0	0	186	753	0	0	0
2 609	1 556	177	717	94	7	0	0	0	0	187	757	0	0	0
2 621	1 563	178	721	90	3	0	0	0	0	188	761	0	0	0
2 632	1 571	179	725	86	0	0	0	0	0	189	765	0	0	0
2 644	1 578	180	729	82	0	0	0	0	0	190	769	0	0	0
2 656	1 586	181	733	78	0	0	0	0	0	191	773	0	0	0
2 668	1 593	182	738	73	0	0	0	0	0	192	778	0	0	0
2 680	1 601	183	742	69	0	0	0	0	0	193	782	0	0	0
2 692	1 608	184	746	65	0	0	0	0	0	194	786	0	0	0
2 703	1 616	185	750	61	0	0	0	0	0	195	790	0	0	0
2 715	1 623	186	754	57	0	0	0	0	0	196	794	0	0	0
2 727	1 631	187	758	53	0	0	0	0	0	197	798	0	0	0
2 739	1 638	188	762	49	0	0	0	0	0	198	802	0	0	0
2 751	1 646	189	766	45	0	0	0	0	0	199	806	0	0	0
2 762	1 653	190	770	41	0	0	0	0	0	200	810	0	0	0
2 774	1 661	191	774	37	0	0	0	0	0	201	814	0	0	0
2 786	1 668	192	778	33	0	0	0	0	0	202	818	0	0	0
2 798	1 676	193	782	29	0	0	0	0	0	203	822	0	0	0
2 810	1 683	194	786	25	0	0	0	0	0	204	826	0	0	0
2 821	1 691	195	790	21	0	0	0	0	0	205	830	0	0	0
2 833	1 698	196	794	17	0	0	0	0	0	206	834	0	0	0
2 845	1 706	197	798	13	0	0	0	0	0	207	838	0	0	0
2 857	1 713	198	802	9	0	0	0	0	0	208	842	0	0	0
2 869	1 721	199	806	5	0	0	0	0	0	209	846	0	0	0
2 881	1 729	200	811	0	0	0	0	0	0	210	851	0	0	0
2 892	1 736	201	815	0	0	0	0	0	0	211	855	0	0	0
2 904	1 744	202	819	0	0	0	0	0	0	212	859	0	0	0
2 916	1 751	203	823	0	0	0	0	0	0	213	863	0	0	0
2 928	1 759	204	827	0	0	0	0	0	0	214	867	0	0	0
2 940	1 766	205	831	0	0	0	0	0	0	215	871	0	0	0
2 951	1 774	206	835	0	0	0	0	0	0	216	875	0	0	0
2 963	1 781	207	839	0	0	0	0	0	0	217	879	0	0	0
2 975	1 789	208	843	0	0	0	0	0	0	218	883	0	0	0
2 987	1 796	209	847	0	0	0	0	0	0	219	887	0	0	0
2 999	1 804	210	851	0	0	0	0	0	0	220	891	0	0	0
3 010	1 811	211	855	0	0	0	0	0	0	221	895	0	0	0
3 022	1 819	212	859	0	0	0	0	0	0	222	899	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte bis zu Euro			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
3 034	1 826	213	863	0	0	0	0	0	0	223	903	0	0	0
3 046	1 834	214	867	0	0	0	0	0	0	224	907	0	0	0
3 058	1 841	215	871	0	0	0	0	0	0	225	911	0	0	0
3 069	1 849	216	875	0	0	0	0	0	0	226	915	0	0	0
3 081	1 856	217	879	0	0	0	0	0	0	227	919	0	0	0
3 093	1 864	218	883	0	0	0	0	0	0	228	923	0	0	0
3 105	1 871	219	888	0	0	0	0	0	0	229	928	0	0	0
3 117	1 879	220	892	0	0	0	0	0	0	230	932	0	0	0
3 129	1 886	221	896	0	0	0	0	0	0	231	936	0	0	0
3 140	1 894	222	900	0	0	0	0	0	0	232	940	0	0	0
3 152	1 901	223	904	0	0	0	0	0	0	233	944	0	0	0
3 164	1 909	224	908	0	0	0	0	0	0	234	948	0	0	0
3 176	1 917	225	912	0	0	0	0	0	0	235	952	0	0	0
3 188	1 924	226	916	0	0	0	0	0	0	236	956	0	0	0
3 199	1 932	227	920	0	0	0	0	0	0	237	960	0	0	0
3 211	1 939	228	924	0	0	0	0	0	0	238	964	0	0	0
3 223	1 947	229	928	0	0	0	0	0	0	239	968	0	0	0
3 235	1 954	230	932	0	0	0	0	0	0	240	972	0	0	0
3 247	1 962	231	936	0	0	0	0	0	0	241	976	0	0	0
3 258	1 969	232	940	0	0	0	0	0	0	242	980	0	0	0
3 270	1 977	233	944	0	0	0	0	0	0	243	984	0	0	0
3 282	1 984	234	948	0	0	0	0	0	0	244	988	0	0	0
3 294	1 992	235	952	0	0	0	0	0	0	245	992	0	0	0
3 306	1 999	236	956	0	0	0	0	0	0	246	996	0	0	0
3 317	2 007	237	961	0	0	0	0	0	0	247	1 001	0	0	0
3 329	2 014	238	965	0	0	0	0	0	0	248	1 005	0	0	0
3 341	2 022	239	969	0	0	0	0	0	0	249	1 009	0	0	0
3 353	2 029	240	973	0	0	0	0	0	0	250	1 013	0	0	0
3 365	2 037	241	977	0	0	0	0	0	0	251	1 017	0	0	0
3 377	2 044	242	981	0	0	0	0	0	0	252	1 021	0	0	0
3 388	2 052	243	985	0	0	0	0	0	0	253	1 025	0	0	0
3 400	2 059	244	989	0	0	0	0	0	0	254	1 029	0	0	0
3 412	2 067	245	993	0	0	0	0	0	0	255	1 033	0	0	0
3 424	2 074	246	997	0	0	0	0	0	0	256	1 037	0	0	0
3 436	2 082	247	1 001	0	0	0	0	0	0	257	1 041	0	0	0
3 447	2 089	248	1 005	0	0	0	0	0	0	258	1 045	0	0	0
3 459	2 097	249	1 009	0	0	0	0	0	0	259	1 049	0	0	0
3 471	2 105	250	1 013	0	0	0	0	0	0	260	1 053	0	0	0

Fünfundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung

Vom 8. Juni 2020

Auf Grund des § 266 Absatz 8 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung –, dessen Absatz 8 Satz 1 Nummer 3 durch Artikel 5 Nummer 20 Buchstabe i Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe eee und dessen Absatz 8 Satz 2 durch Artikel 5 Nummer 20 Buchstabe i Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 22. März 2020 (BGBl. I S. 604) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Gesundheit:

Artikel 1

Nach § 24 Absatz 2 der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung vom 3. Januar 1994 (BGBl. I S. 55), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. März 2020 (BGBl. I S. 604) geändert worden ist, wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Sieht ein strukturiertes Behandlungsprogramm aufgrund der Zulassungsvoraussetzung nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe c vor, dass die Teilnahme des Versicherten an dem Programm endet, wenn zwei aufeinanderfolgende der quartalsbezogen zu erstellenden Dokumentationen nicht innerhalb der in Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe c genannten Frist an die Krankenkasse übermittelt werden, zählen für den Eintritt dieser Rechtsfolge Dokumentationen nicht mit,

1. für die im Jahr 2020 eine Verpflichtung zur Erstellung besteht und
2. die nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht an die Krankenkasse des Versicherten übermittelt werden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 8. Juni 2020

Der Bundesminister für Gesundheit
Jens Spahn

**Verordnung
zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung
an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2020
(Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2020 – BBFestV 2020)**

Vom 15. Juni 2020

Auf Grund des § 46 Absatz 10 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende –, der durch Artikel 3 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) neu gefasst worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

**Festlegung und Anpassung
der Werte nach § 46 Absatz 8 Satz 1
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

Der landesspezifische Wert nach § 46 Absatz 8 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, der für das Jahr 2021 festgelegt und für das Jahr 2020 rückwirkend angepasst wird, beträgt

5,2 Prozentpunkte für Baden-Württemberg,
4,9 Prozentpunkte für den Freistaat Bayern,
3,8 Prozentpunkte für Berlin,
4,1 Prozentpunkte für Brandenburg,
6,1 Prozentpunkte für die Hansestadt Bremen,
7,8 Prozentpunkte für die Freie und Hansestadt Hamburg,
4,9 Prozentpunkte für Hessen,
6,2 Prozentpunkte für Mecklenburg-Vorpommern,
7,8 Prozentpunkte für Niedersachsen,
5,7 Prozentpunkte für Nordrhein-Westfalen,
4,3 Prozentpunkte für Rheinland-Pfalz,
6,2 Prozentpunkte für das Saarland,
5,6 Prozentpunkte für den Freistaat Sachsen,
4,8 Prozentpunkte für Sachsen-Anhalt,
5,5 Prozentpunkte für Schleswig-Holstein und
6,6 Prozentpunkte für den Freistaat Thüringen.

§ 2

**Festlegung und Anpassung
der Werte nach § 46 Absatz 9
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

Der landesspezifische Wert nach § 46 Absatz 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, der für das Jahr 2021 festgelegt und für die Jahre 2019 und 2020 rückwirkend angepasst wird, beträgt

12,6 Prozentpunkte für Baden-Württemberg,
11,9 Prozentpunkte für den Freistaat Bayern,
10,7 Prozentpunkte für Berlin,
7,0 Prozentpunkte für Brandenburg,
11,9 Prozentpunkte für die Hansestadt Bremen,
15,4 Prozentpunkte für die Freie und Hansestadt Hamburg,

13,8 Prozentpunkte für Hessen,
6,2 Prozentpunkte für Mecklenburg-Vorpommern,
11,2 Prozentpunkte für Niedersachsen,
9,7 Prozentpunkte für Nordrhein-Westfalen,
11,6 Prozentpunkte für Rheinland-Pfalz,
14,9 Prozentpunkte für das Saarland,
7,8 Prozentpunkte für den Freistaat Sachsen,
8,0 Prozentpunkte für Sachsen-Anhalt,
12,3 Prozentpunkte für Schleswig-Holstein und
9,7 Prozentpunkte für den Freistaat Thüringen.

§ 3

**Anpassung der
Werte nach § 46 Absatz 5 Satz 3
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

(1) Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für die Leistungen nach § 22 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beträgt im Jahr 2019

52,1 Prozent für Baden-Württemberg,
46,8 Prozent für den Freistaat Bayern,
45,1 Prozent für Berlin,
41,3 Prozent für Brandenburg,
48,5 Prozent für die Hansestadt Bremen,
53,1 Prozent für die Freie und Hansestadt Hamburg,
48,5 Prozent für Hessen,
42,5 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern,
48,6 Prozent für Niedersachsen,
45,4 Prozent für Nordrhein-Westfalen,
56,1 Prozent für Rheinland-Pfalz,
51,2 Prozent für das Saarland,
43,4 Prozent für den Freistaat Sachsen,
42,8 Prozent für Sachsen-Anhalt,
47,6 Prozent für Schleswig-Holstein und
46,0 Prozent für den Freistaat Thüringen.

(2) Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für die Leistungen nach § 22 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beträgt im Jahr 2020

52,1 Prozent für Baden-Württemberg,
47,1 Prozent für den Freistaat Bayern,
44,8 Prozent für Berlin,
41,4 Prozent für Brandenburg,
48,3 Prozent für die Hansestadt Bremen,
53,5 Prozent für die Freie und Hansestadt Hamburg,
49,0 Prozent für Hessen,

42,7 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern,
49,3 Prozent für Niedersachsen,
45,7 Prozent für Nordrhein-Westfalen,
56,2 Prozent für Rheinland-Pfalz,
51,4 Prozent für das Saarland,
43,7 Prozent für den Freistaat Sachsen,
43,1 Prozent für Sachsen-Anhalt,
48,1 Prozent für Schleswig-Holstein und
46,6 Prozent für den Freistaat Thüringen.

(3) Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für die Leistungen nach § 22 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beträgt im Jahr 2021

50,6 Prozent für Baden-Württemberg,
45,6 Prozent für den Freistaat Bayern,
43,3 Prozent für Berlin,
39,9 Prozent für Brandenburg,
46,8 Prozent für die Hansestadt Bremen,

52,0 Prozent für die Freie und Hansestadt Hamburg,
47,5 Prozent für Hessen,
41,2 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern,
47,8 Prozent für Niedersachsen,
44,2 Prozent für Nordrhein-Westfalen,
54,7 Prozent für Rheinland-Pfalz,
49,9 Prozent für das Saarland,
42,2 Prozent für den Freistaat Sachsen,
41,6 Prozent für Sachsen-Anhalt,
46,6 Prozent für Schleswig-Holstein und
45,1 Prozent für den Freistaat Thüringen.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 15. Juni 2020

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2020 – 1 BvQ 44/20 – wird folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

Das Verbot von Zusammenkünften in Kirchen, Moscheen und Synagogen sowie das Verbot von Zusammenkünften anderer Glaubensgemeinschaften zur gemeinsamen Religionsausübung in § 1 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 der Niedersächsischen Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus vom 17. April 2020 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 24. April 2020 wird insoweit vorläufig außer Vollzug gesetzt, als danach ausgeschlossen ist, auf Antrag im Einzelfall Ausnahmen von dem Verbot zuzulassen.

Berlin, den 4. Juni 2020

Die Bundesministerin
der Justiz und für Verbraucherschutz
Christine Lambrecht

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 8, ausgegeben am 10. Juni 2020**

Tag	Inhalt	Seite
2. 6.2020	Zehnte Verordnung zur Änderung rhein- und moselschiffahrtspolizeilicher Vorschriften FNA: 9501-46, 9501-46, 9501-52, 9501-52, 9500-1-5	346
14. 5.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakerzeugnissen	363
14. 5.2020	Bekanntmachung zum Washingtoner Artenschutzabkommen	363
14. 5.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von Paris	364
15. 5.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs	364
19. 5.2020	Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland sowie zum Europäischen Übereinkommen über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland	365
19. 5.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Revision 2 des Übereinkommens über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden	366
28. 5.2020	Bekanntmachung zu den Verträgen betreffend die Gründung und den Betrieb des „International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)“ in Wien	366

Hinweis auf Verkündungen im Verkehrsblatt

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Verkehrsblatt verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
24. 4.2020 Vierte Verordnung zur vorübergehenden Abweichung von der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung (4. BinSchStrOAbweichV)	10/2020 S. 295	15. 6.2020
24. 4.2020 Siebenundzwanzigste Verordnung zur vorübergehenden Abweichung von der Donauschiffahrtspolizeiverordnung (27. DonauSchPVAAbweichV)	10/2020 S. 303	15. 6.2020

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
25. 5. 2020	Fünfzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung FNA: 7400-4-1	BAnz AT 02.06.2020 V1	3. 6. 2020
29. 5. 2020	Erste Verordnung zur Änderung der DIVI IntensivRegister-Verordnung FNA: 2126-13-11	BAnz AT 02.06.2020 V2	3. 6. 2020
8. 6. 2020	Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 FNA: neu: 860-5-56	BAnz AT 09.06.2020 V1	14. 5. 2020